

Bankensteuer: Briten bitten nur Große zur Kasse

14.07.2010 | 19:18 | CHRISTIAN HÖLLER (Die Presse)

Das britische Modell der Bankenbesteuerung schlägt auch in Österreich hohe Wellen. Sparkassen und Raiffeisen fordern dasselbe System für Österreich, aber die Bank Austria will davon nichts wissen.

Wien. Die Londoner Regierung hat in der Nacht auf Mittwoch Details zur Bankensteuer veröffentlicht. Vertreter des Finanzministeriums sagten nach einem Treffen mit dem Bankenverband, dass die Abgabe 2011 in Kraft treten soll. Besteuert werden 0,04 Prozent der Bilanzsumme, später sollen es 0,07 Prozent sein. Die Regierung erhofft sich dadurch jährliche Einnahmen von 2,5 Mrd. Pfund (drei Mrd. Euro) fürs Budget. Zahlen sollen aber nur Großbanken ab einer Bilanzsumme von über 20 Mrd. Pfund.

Nach Deutschland ist Großbritannien das zweite große EU-Land, das Eckdaten für die Bankenabgabe genannt hat. Frankreich will seine Pläne im September präsentieren. Ähnlich wie in Großbritannien wird in Deutschland die Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage herangezogen. Davon werden allerdings das Kernkapital und die Kundeneinlagen abgezogen.

Laut Vorgaben der Berliner Regierung sollen die Kreditinstitute bis zu 1,2 Mrd. Euro in einen Krisenfonds einzahlen. Dabei handelt es sich um eine Art Versicherung für künftige Krisen.

Ausnahme für Raiffeisen?

Die deutschen Großbanken (wie Deutsche Bank, Commerzbank und die diversen Landesbanken) sollen mit 1,1 Mrd. Euro den Löwenanteil tragen. Die kleinen Regionalbanken wie Raiffeisenkassen, Volksbanken und Sparkassen müssen zusammen nur 100 Mio. Euro einzahlen.

Die Regelungen in Großbritannien und in Deutschland sorgen in Österreich für Konfliktstoff. Raiffeisen und die Sparkassen setzen alle Hebel in Bewegung und fordern, dass auch hierzulande nur die fünf oder zehn größten Institute zur Kasse gebeten werden. „Die kleinen Banken haben die Finanzkrise nicht verursacht, weil sie sich nur auf das klassische Spar- und Kreditgeschäft konzentrieren“, meint Michael Ikrath, Generalsekretär des Sparkassenverbands, zur „Presse“. Ähnliches ist von Raiffeisen zu hören.

Doch dagegen legt sich die Bank Austria quer. Bei dem Konflikt geht es vor allem für Raiffeisen um viel Geld. Die Giebelkreuzer verfügen in den Bundesländern über hunderte kleine Raiffeisenkassen und kommen österreichweit auf einen Marktanteil zwischen 30 und 40 Prozent. Wird die Steuer dagegen nur von den Großbanken eingehoben, müsste die Bank Austria den Löwenanteil zahlen. Die Raiffeisen Zentralbank (RZB) liegt dagegen nur auf Platz drei. „Wir erwarten uns, dass die Last auf alle Marktteilnehmer gerecht verteilt wird“, fordert Bank-Austria-Chef Willibald Cernko.

Juristen äußern Bedenken

Ungeklärt ist in Österreich auch die Bemessungsgrundlage. Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) verlangt, dass nur spekulative Geschäfte besteuert werden. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) lehnt dies ab. Für ihn kommt nur die Bilanzsumme als Basis infrage. Im Kanzleramt

verweist man darauf, dass sich fast alle EU-Länder auf die Bilanzsumme geeinigt haben. Denn dabei handelt es sich um eine stabile Größe, wodurch sich auch das Steueraufkommen relativ einfach berechnen lässt. Professor Claus Staringer von der Wirtschaftsuniversität Wien und Partner der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer sieht in diesem Punkt aber noch einige offene Fragen: „Denn die Verfassung setzt dem Gesetzgeber bei der Erschließung neuer Steuerquellen durchaus Grenzen.“

So muss sich der Gesetzgeber wegen des Gleichheitsgrundsatzes rechtfertigen, warum ausgerechnet von Banken eine Sondersteuer auf die Bilanzsumme eingehoben werden soll und warum nicht auch von anderen Unternehmen, etwa von Versicherungen.

Für rechtlich leichter umsetzbar hält Staringer das deutsche Modell. Denn dort gehen die Erlöse in einen Notfallfonds, mit dem für künftige Bankenpleiten vorgesorgt wird. In Österreich dagegen sollen die erwarteten Einnahmen von 500Mio. Euro direkt ins Budget fließen. Damit könnten die Banken den Anspruch ableiten, dass sie im Notfall automatisch vom Staat aufgefangen werden müssen. „Diese derzeit in den Vordergrund gerückte Rechtfertigung der Bankensteuer könnte aber zweifelhaft sein“, meint Staringer.

Ausnahmen für Osteuropa

In Österreich treffen sich Vertreter der Regierung seit Februar mit den Banken, um alle Details festzulegen „Von Ergebnissen sind wir aber noch weit entfernt“, heißt es in Verhandlungskreisen. Frühestens im Herbst soll feststehen, wohin die Reise gehen wird.

Als so gut wie fix gilt mittlerweile, dass es Ausnahmen für das Osteuropageschäft geben wird. Damit soll verhindert werden, dass die Banken zweimal zum Handkuss kommen. Denn Ungarn plant ebenfalls die Einführung einer Bankensteuer. Auch andere Länder in der Region könnten folgen.

Damit die Wiener Regierung dennoch auf die gewünschten Mindesteinnahmen von 500Mio. Euro kommt, müsste allerdings der Steuersatz (vorgesehen waren 0,07Prozent) deutlich angehoben werden.